

Thema				
Link zum Wahlprogramm >>	www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-gruenen.pdf	www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf	www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf

Kommunalwahlprogramme 2009

„Ampel“-Koalition [+]

Themenkomplex 03 „Stadthaushalt & Bürgerfinanzen (Gebühren, ...)“

- Gegenüberstellung der relevanten Aussagen -

Stand: 15. August 2009

Thema	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-gruenen.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
Städtische Gebäude	Die Stadt muss mit ihren eigenen Immobilien Vorbild sein, aber auch mit Beratung und Serviceangeboten den Sanierungsstau im privaten Bereich zum Wohle von Umwelt und Beschäftigung angehen.	Konsequente Verankerung von Energieeinsparung an städtischen Gebäuden in die Finanzplanung der Stadt. Bevorzugung klimafreundlicher Techniken bei der Sanierung von Gebäuden und vorbildlicher Einsatz von erneuerbaren Energien wie Solar- und Erdwärme in Verbindung mit Wärmepumpen sowie Photovoltaikanlagen bei Neubauten.		
Betriebskosten	Große und kleine, sofort umsetzbare Maßnahmen zum Klimaschutz können dabei unmittelbar qualifizierte Beschäftigung und Arbeitsplätze in Mönchengladbach schaffen und langfristig die (Verbrauchs-) Kosten senken.	Einsparung von Betriebskosten und Raumflächen öffentlicher Gebäude durch Investitionen (wie Renovierung, energetische Sanierung oder Neubau von Verwaltungsgebäuden entsprechend vorhergehender Kalkulation); dies senkt nachhaltig die laufenden Betriebskosten.		
Privatisierung von Verwaltungsbereichen	Für Privatisierung städtischer Unternehmen stehen wir nicht zur Verfügung.			
Interkommunale Zusammenarbeit	Eine regional erfolgreiche Zusammenarbeit muss vertrauensvoll fortgesetzt, neue Kooperationen im Bereich der Abfallentsorgung, des Tourismus und des ÖPNV müssen aus- oder aufgebaut werden. Eine ruinöse Standortkonkurrenz mit öffentlichen Mitteln lehnen wir genauso ab. Ebenso eine Politik, die gewinnträchtige Unternehmen privatisiert und Zuschussgeschäfte in öffentlicher Hand belässt. Im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mönchengladbach, treten wir dafür ein, zu prüfen, inwieweit die Fläche des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach als interkommunales Gewerbegebiet (Mönchengladbach/ Korschenbroich/Willich) umgenutzt werden kann.	Verstärkte Nutzung interkommunaler Zusammenarbeit (zum Beispiel gemeinsame Leitstelle mit den Feuerwehren der Nachbarkreise).		
Ausgliederung von „Pflichtaufgaben“		Ausgliederung von so genannten Pflichtaufgaben in kommunale Gesellschaften um eine verbesserte betriebswirtschaftliche Steuerung zu ermöglichen (zum Beispiel bei Kindergärten).		
Privatisierung Bau-Bereich	Für Privatisierung städtischer Unternehmen stehen wir nicht zur Verfügung.	Überprüfung weiterer Möglichkeiten der Privatisierung im Bereich des Bau- und Liegenschaftsbetriebes der Stadt Mönchengladbach.		
Wohnungsbaugesellschaften	Kommunale Wohnungsunternehmen sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Versorgung der Bevölkerungskreise, die auf bezahlbare Wohnungen mit gutem Standard angewiesen sind, unverzichtbar.	Fusion unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaften.	Wir werden den öffentlichen Auftrag der kommunalen Wohnungsunternehmen Kreisbau und GWSG sichern. Die Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum und die Stadtentwicklung sind wichtige Aufgaben dieser Unternehmen. Sie sind keine Dienstleistungsunternehmen für private Baufirmen.	

Thema	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-gruenen.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
Link zum Wahlprogramm >>				
Fusion EWMG, WFMG, (MGMG)	Durch die Gründung der Entwicklungsgesellschaft Mönchengladbach (EWMG) erreichte die Grund- und Bodenpolitik in Mönchengladbach ein Höchstmaß an Undurchsichtigkeit; sie findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit nur noch im Hinterzimmer statt. Hinzu kommt, dass die EWMG keine Entwicklungsstrategie für Mönchengladbach eingeleitet und den Bürgerinnen und Bürgern die Entwicklungspläne nicht kommuniziert hat. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, dass die Entscheidungen über die konkreten städtischen Liegenschaften, die zur Zeit im Auftrag der Stadt durch die EWMG vermarktet werden, zukünftig wieder vom Stadtrat getroffen werden.	Fusion der Entwicklungsgesellschaft Mönchengladbach (EWMG) mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFMG) und der Marketing Gesellschaft (MGMG).	Wir wollen die Effektivität der öffentlichen Unternehmen steigern, deshalb wollen wir eine Fusion von EWMG und WFMG.	
Einnahmenstabilisierung	Wichtig sind die Einnahmen an den städtischen Beteiligungen. Hieraus nahm die Stadt im Jahr 2007 noch fast 15 Mio. Euro ein. Leider beschlossen CDU/FDP, die städtischen RWE-Aktien zu veräußern. Fatal: Ohne die RWE-Dividenden verringern sich die städtischen Einnahmen auf geschätzte acht Mio. Euro. Die Jahrzehnte lange Ausbreitung sozialversicherungsfreier Arbeitsverhältnisse hat zu einem Rückgang dieser Einnahmen geführt, nicht zuletzt deshalb treten wir für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein. Wir treten für eine kommunale Finanzreform ein, mit der arme Kommunen wie Mönchengladbach ihre finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen und dauerhaft sichern können. Dazu müssen Bund und Land einen Altschuldenfonds anlegen, der unsere Stadt von Zins- und Tilgungslasten vorübergehend befreit.		Wir wollen durch solide Finanzpolitik und die Stabilisierung kommunaler Einnahmen für die Stadt finanzielle Handlungsspielräume zurückzugewinnen.	
Ausgaben, Investitionen	Viele Schulen, Sportplätze, Bäder, Straßen oder städtische Immobilien befinden sich in einem schlimmen Zustand. Sicherlich bieten die zugesagten 32 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II die Gelegenheit, einige Sanierungsmaßnahmen kurzfristig durchzuführen, dennoch müssen wir in den nächsten Jahren auf der Basis solider Analysen die Sanierungsmaßnahmen fortführen. Wir konzentrieren uns bei Investitionen auf Sanierung und Substanzerhaltung		Wir wollen, dass Investitionen nachhaltig getätigt werden. Konsumtive Aufwendungen müssen effizient und wirkungsorientiert erbracht werden und nicht nach machtpolitischer Beliebigkeit. Deshalb lehnen wir den Neubau eines Rathauses ab und fordern den Verzicht überflüssiger Verkehrssysteme.	
Entscheidungen von Bund und Land	Damit Mönchengladbach wieder in die Lage kommt, eigenständig zu haushalten, dürfen Bund und Land nicht länger ständig neue Kosten auf die kommunale Ebene verlagern.		Wir fordern die Rücknahme der kommunalfeindlichen finanzpolitischen Entscheidungen des Landes, wie z.B. die Wegnahme des kommunalen Anteils an der Grunderwerbssteuer und des Elternbeitragsdefizitausgleichs bei den Kindertagesstätten	

Thema	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-gruenen.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
	Wir treten für eine kommunale Finanzreform ein, mit der arme Kommunen wie Mönchengladbach ihre finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen und dauerhaft sichern können. Dazu muss das Land einen Altschuldenfonds anlegen, der unsere Stadt von Zins- und Tilgungslasten vorübergehend befreit.			
Gewinne städtischer Gesellschaften	Wichtig sind die Einnahmen an den städtischen Beteiligungen. Hieraus nahm die Stadt im Jahr 2007 noch fast 15 Mio. Euro ein. Leider beschlossen CDU/FDP, die städtischen RWE-Aktien zu veräußern. Fatal: Ohne die RWE-Dividenden verringern sich die städtischen Einnahmen auf geschätzte acht Mio. Euro.		Wir fordern, dass die städtischen Gesellschaften und die Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, effektiv und am Gemeinwohl orientiert arbeiten. Dies gilt insbesondere für die EWMG. Es ist nicht hinnehmbar, dass Gewinne in Millionenhöhe angehäuft werden, während die Bürgerinnen und Bürger von Leistungsabbau, Gebühren- und Steuererhöhungen bedroht sind.	
Kommunales Wirtschaften				Kommunale Politik muss Zeichen setzen, damit in dieser Stadt Menschen, die in materielle, soziale und/oder berufliche Bedrängnis geraten sind, nicht ausgegrenzt, sondern integriert werden.
Haushaltspolitik	Wir sind bereit, an der Lösung der schwersten haushaltspolitischen Krise Mönchengladbachs seit 1945 mitzuwirken. Angesichts der größten internationalen Finanzkrise seit Jahrzehnten ist dabei die Verbesserung der Stadtfinanzen und eine nachhaltige Haushaltspolitik Richtschnur für die Beteiligung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN an politischen Haushaltsbündnissen und Koalitionen. Weitere GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre: • Kommunalisierung der Abfallentsorgung • Soziale und ökologische Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik • Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Mönchengladbachs durch eine gerechte, transparente und verlässliche Steuer- und Abgabepolitik Einstieg in den „Bürgerhaushalt“ im Bereich der Bezirke und des Rates durch aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsgestaltung sowie mehr Transparenz im „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF).			Kommunale Haushaltspolitik muss Prioritäten im sozialen, schulischen und pädagogischen Bereich setzen.
Kongresswesen		Ausschöpfung der Potenziale für das Kongresswesen in Mönchengladbach.		
Re-Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe; GEM	Bündnis 90/Die Grünen fordern die Senkung der Müllgebühren und Erhöhung der Transparenz durch Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft. Hierdurch verringern sich umsatzsteuerpflichtige Bestandteile (19%) der Abfallgebühren, außerdem entfielen die bisherige Gewinnabführung an die GEM.	Neuordnung der Mehrheitsverhältnisse bei der GEM (Gesellschaft für Wertstoffverwertung und Entsorgung Mönchengladbach mbH).	Deshalb werden wir die Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft prüfen.	Alle Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser Strom) kommunalisieren, Existenzielle Grundversorgung von Profitinteressen abkoppeln.

Thema	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-b90-die-gruenen.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-fdp-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-spd-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009-die-linke-monchengladbach.pdf
Link zum Wahlprogramm >>				
	Bereits seit acht Jahren wurde die Preiskalkulation der GEM seitens der Stadt nicht mehr geprüft. Verträge der GEM mit Dritten sind zudem für die städtischen Gremien nicht einsehbar. Hier muss zwingend Transparenz her.			
Privatisierung Abfallwirtschaft	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb die Senkung der Müllgebühren und Erhöhung der Transparenz durch Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft. Hierdurch verringern sich umsatzsteuerpflichtige Bestandteile (19%) der Abfallgebühren, außerdem entfielen die bisherige Gewinnabführung an die GEM. Bereits seit acht Jahren wurde die Preiskalkulation der GEM seitens der Stadt nicht mehr geprüft. Verträge der GEM mit Dritten sind zudem für die städtischen Gremien nicht einsehbar. Hier muss zwingend Transparenz her.	Vollständige Privatisierung und Neuausschreibung der Abfallwirtschaft / Müllentsorgung in Mönchengladbach.		
Städtische Gebühren	Die Mehrheitsparteien von CDU und FDP in Mönchengladbach haben schon viel zu lange mit einer Politik zwischen Mittelmäßigkeit und Größenwahn das Profil und die Lebensqualität unserer Stadt geprägt. Das lässt sich zum Beispiel an den viel zu hohen Gebühren erkennen.		Wir wollen alle Möglichkeiten zur Gebührensenkung, z.B. im Abfallbereich, ausschöpfen.	
Sparkasse	Einer Privatisierung oder dem Verkauf der Stadtsparkasse Mönchengladbach werden BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN keine Zustimmung geben.		Wir bekennen uns zu den Strukturen unserer Sparkasse. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öffentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren und werden von uns abgelehnt.	
Wasserentsorgung; Abwasser	Durch Anreize in einer neuen Gebührensatzung wollen wir die Regenwassernutzung vorantreiben.		Wir werden den Bereich der städtischen Wasserentsorgung überprüfen und in seiner Leistungsfähigkeit verbessern.	